

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Alexander Bonde, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5969 –**

Programm „Energiewende in Gewächshäusern“ auflegen

A. Problem

Der Unterglasanbau ist eine energieintensive Branche. Aus klima- und wirtschaftspolitischer Sicht ist es nach Auffassung der Antragsteller daher notwendig und sinnvoll, den Energieeinsatz zu vermindern und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen.

Viele Betriebe verfügten jedoch nicht über das Kapital, um ihre Energiekosten grundlegend zu senken. An dieser Situation könnten auch die Fördermöglichkeiten z. B. des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) nichts ändern, da diese Instrumente nicht ausreichend seien, um den Betrieben eine Investition in die deutliche Verminderung der Energiekosten zu ermöglichen.

Die Bundesregierung müsse daher ein spezielles Förderprogramm „Energiewende in Gewächshäusern“ auflegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrages.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Bei Annahme des Antrags entstehen Kosten in Höhe von 25 Mio. Euro in den nächsten fünf Jahren.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5969 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Johannes Röring
Berichterstatter

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Edmund Peter Geisen, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/5969** in seiner 115. Sitzung am 20. September 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Haushaltssausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Unterglasanbau ist eine energieintensive Branche. Aus klima- und wirtschaftspolitischer Sicht ist es nach Auffassung der Antragsteller daher notwendig und sinnvoll, den Energieeinsatz zu vermindern und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen.

Viele Betriebe verfügten jedoch nicht über das Kapital, um ihre Energiekosten grundlegend zu senken. An dieser Situation könnten auch die Fördermöglichkeiten des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Kreditanstalt für den Wiederaufbau Bankengruppe nichts ändern. Die bestehenden Fördermöglichkeiten würden nur unzureichend genutzt, weil sie nicht hinreichend bekannt seien oder die Betroffenen den notwendigen Eigenanteil nicht finanzieren könnten. Daher seien diese Instrumente nicht ausreichend, um den Betrieben eine Investition in die deutliche Verminderung der Energiekosten zu ermöglichen.

Weiter machten z. B. auch Pläne der niederländischen Regierung zur Förderung von Energiesparmaßnahmen im Unterglasanbau deutlich, dass sich der Wettbewerbsdruck auf den inländischen Unterglasanbau verstärke. Daher müssten ausreichende Fördermöglichkeiten geschaffen werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhöhen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher im Wesentlichen dazu auf,

- ein Förderprogramm „Energiewende in Gewächshäusern“ aufzulegen;
- mit diesem Förderprogramm Forschung und Entwicklung sowie die Energieberatung für den Unterglasgartenbau voranzutreiben bzw. auszubauen und Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Gewächshäusern zu fördern;
- für dieses Programm in den nächsten fünf Jahren 25 Mio. Euro bereitzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltssausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5969 in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten

und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5969 in seiner 45. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5969 in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/5969 in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/5969 in seiner 54. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** sprachen sich gegen den Antrag aus, da die bestehenden und neugeschaffenen Fördermaßnahmen ausreichend seien. Die Bedeutung des Themas sei unumstritten und es müsse ein Anliegen sein, Innovationen und Mut in der Branche zu fördern. Dies sei jedoch durch verschiedene Programme der Bundesregierung bereits geschehen, wovon auch die gute Stimmung in der Branche und im Agrarsektor allgemein künde. Zudem zeigen Investitionen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Attraktivität des Standorts Deutschland. Eine Vergleichbarkeit des deutschen und der niederländischen Unterglasanbaus sei nicht gegeben.

Die **Fraktion der FDP** führte an, dass im Unterglasanbau die beste Energieeffizienz zu den höchsten Energieeinsparungen führe. Dies sei nach der Begründung des Antrags jedoch am besten durch den Abriss und Neubau der Gewächshäuser zu erreichen. Für Neubauten gäbe es jedoch bereits genügend Förderprogramme, die aber nicht ausgeschöpft würden. Ziel müsse daher – anstatt eines neuen Programms – der Abbau der Hemmnisse sein, die die Ausschöpfung der bestehenden Fördermöglichkeiten blockierten. Eine Doppelförderung sei jedenfalls zu vermeiden.

Die **Fraktion DIE LINKE** sprach sich gegen den Antrag aus und kritisierte ihn als zu plakativ. Das Anliegen sei hinsichtlich der Entlastung der Betriebe und der Erhaltung

der Arbeitsplätze im ländlichen Raum sicherlich ein gemeinsames. Es müsse jedoch grundlegend über energiepolitische Konzepte in Unterglasanbaubetrieben nachgedacht werden. Deshalb werde man sich bei diesem Antrag enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte die Ziele des Antrags und betonte die Notwendigkeit der Investitionsförderung im Unterglasanbau, da in diesem Bereich meist kein großes Eigenkapital vorhanden sei. Ein Bundesprogramm sei nötig, um der Bedeutung des Bereichs, der viele Arbeitsplätze biete, gerecht zu werden und die inter-

nationale Wettbewerbsfähigkeit wirksam zu fördern. Die bisher bestehenden Förderungsinstrumente reichten nicht aus. Durch das stillschweigende Auslaufenlassen der Mineralölsteuerrückerstattung durch die Bundesregierung seien die Belastungen für die energieintensive Branche noch erhöht worden.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 16/5969 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2007

Johannes Röring
Berichterstatter

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin